

(01.06.2017. –22.06.2017)

# Grüner Pressespiegel

*Kreisverband*

## **22.06.2017 - Kasseler GRÜNE ziehen positives Fazit nach Bundesdelegiertenkonferenz**

Mit großer Motivation sind die Kasseler Grünen vom Bundesparteitag aus Berlin zurückgekehrt. „Nach drei Tagen intensiver Debatte haben wir ein aussagekräftiges Programm für die Bundestagswahl verabschiedet. Dabei haben wir in vielen strittigen Fragen gemeinsame Positionen gefunden und stehen geschlossen hinter dem Programm.“ sind die Kasseler Delegierten überzeugt. „Die Grünen stehen für eine entschlossene Klimapolitik, stellen in der Außenpolitik die Menschenrechte in den Vordergrund und machen eine gerechte Sozial- und Bildungspolitik.“

Konkrete Projekte in den Programmabschnitten zeigten die praktische Umsetzung der politischen Ideen. „Schlüsselprojekte sind hinter jedem Abschnitt beispielhaft angeführt und reichen vom zu erweiternden Wertstoff-Recycling, einem Marschall-Plan für Afrika, der dringend notwendigen Verfassungsschutz-Reform bis hin zu einem Modellversuch für ein Grundeinkommen. Zukunft wird aus Mut gemacht.“

Der Kasseler Kreisverband konnte zudem eigene inhaltliche Akzente setzen. So erreichte die aktuelle Bundestagsabgeordnete Nicole Maisch die Aufnahme einer/s Bundesbeauftragten für Tierschutz in das Programm. Boris Mijatovic Nennung des Internationalen Strafgerichtshofes wurde modifiziert übernommen, und der Antrag von Christine Hesse zur Gleichstellung von Mädchen und Frauen fand ebenfalls Eingang ins Programm.

„Der starke persönliche Rückenwind für die beiden Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckhardt und Cem Özdemir macht deutlich, dass ein Politikwechsel im Herbst nur mit den Grünen möglich ist. Die Kasseler Grünen nehmen Motivation und Schwung mit in den Wahlkampf und stellen mit Boris Mijatovic einen sehr guten Kandidaten zu Wahl.“ so die Kasseler Delegierten abschließend.

*Nicole Maisch, MdB & Renate Künast, MdB*

## **19.06.2017 - Gute Verbraucherpolitik sieht anders aus!**

Anlässlich des Deutschen Verbrauchertags erklären Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherschutz und Renate Künast, Vorsitzende des Ausschusses für Recht und Verbraucherschutz:

Die Verbraucherpolitik der Bundesregierung hat versagt. Da helfen auch die schönen Worte von

Bundeskanzlerin Merkel beim Deutschen Verbrauchertag nichts. Sie lässt vom Abgasskandal Betroffene im Stich. Die Mietpreisbremse brems nicht. Eine gute Altersvorsorge ist im Dschungel undurchsichtiger, teurer Produkte kaum zu finden. Das schlecht gemachte Tierwohl-Label ist gescheitert. Und beim nachhaltigen Konsum setzt die Bundesregierung weiterhin auf die Freiwilligkeit der Unternehmen. Für die Kunden gibt es keine Transparenz.

Wir sind überzeugt: Verbraucherpolitik muss den Alltag der Menschen transparent, einfach und sicher machen. Sie muss Schritt halten mit der Globalisierung und Digitalisierung. Verbraucher haben ein Recht auf gute und faire Verträge. Sie müssen sich darauf verlassen können, dass zugesagte Vertrags- und Produkteigenschaften Bestand haben. Unsere Forderungen sind:

- Was Recht ist, muss durchsetzbar sein: Mit der Einführung der Gruppenklage wollen wir die kollektive Rechtsdurchsetzung erleichtern.
- Mieterrechte stärken – Mietrecht reformieren: Wir schließen die Schlupflöcher der Mietpreisbremse. Fördermittel für energetische Sanierung wollen wir auf sieben Milliarden Euro verdoppeln. Ein Klimawohngeld soll Haushalte mit kleinem Einkommen unterstützen.
- Sicherheit bei der Altersvorsorge: Wir setzen uns für ein einfaches, kostengünstiges Standardprodukt in der Altersvorsorge ein.
- Klarheit und Wahrheit bei Lebensmitteln: Auf Steak und Milch muss erkennbar sein, wie Tiere gehalten wurden. Eine Nährwertampel soll Dickmacher entlarven und ein Hygienebarometer an der Restauranttür Transparenz über die Hygiene schaffen.
- Nachhaltigen Einkauf erleichtern: Gesetzliche Regelungen sollen Unternehmen verpflichten, für die Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in ihrer Lieferkette zu sorgen.
- Verbraucherdatenschutz im Netz stärken: Einwilligungsvorbehalt, Zweckbindung und Datensparsamkeit müssen konsequent umgesetzt werden. Bei neuen Anwendungen wie z.B. dem automatisierten Fahren muss Verbraucherschutz an erster Stelle stehen.

In unserem Fraktionsbeschluss "[Verbraucherpolitik im Alltag - unser gutes Recht](#)" zeigen wir auf, was grüne Verbraucherpolitik bedeutet.

*Grüne Jugend Kassel*

**15.06.2017 - Grüne Jugend Kassel zur Villa Rühl:  
"Forderungen der Aktivist\*innen sind legitim."**

Die GRÜNE JUGEND Kassel (GJK) zeigt sich verbunden mit den Hausbesetzer\*innen der Villa Rühl. Die Besetzung sei als Reaktion auf ein kaum existierendes Angebot an selbstverwalteten Freiräumen in Kassel zu sehen, dem eine riesige Nachfrage gegenübersteht. In der Vergangenheit wurden in Kassel verschiedene soziale und kulturelle Initiativen ohne die Schaffung von Alternativen geschlossen, wie beispielsweise die Kulturfabrik Salzmann.

„Die Entwicklungen auf dem besetzten Gelände machen deutlich, wie zuträglich autonome soziale Zentren für das städtische Zusammenleben sein können. Die Kernforderung der Besetzenden nach mehr selbstverwalteten Zentren ist legitim und wird von der GRÜNEN JUGEND Kassel unterstützt.“, so Gesine Graw und Niklas Gudorf, Sprecher\*innen der GJK. „Besetzer\*innen sollten zu Bewohner\*innen werden.

Ziel muss es sein, den Konflikt erfolgreich zu lösen, indem neue soziokulturelle und selbstverwaltete Zentren seitens der Universität und der Stadt geschaffen und unterstützt werden. Dies wäre eine enorme Bereicherung für die gesamte kulturelle Vielfalt im Raum Kassel.

Die Räumungersuchung der Universität Kassel ist zwar ihr Recht, aber unserer Meinung nach gibt es nur eine Lösung des Konflikts: Mehr selbstverwalteten Freiraum! Hier ist nicht allein die Universität, sondern insbesondere die Stadt Kassel in der Verantwortung.“ Die GRÜNE JUGEND Kassel ruft daher alle Beteiligten auf, einen konstruktiven Dialog zu beginnen. „Eine zufriedenstellende Umsetzung der beschriebenen Kernforderungen der Aktivist\*innen muss das Ziel sein!“

*Karin Müller, MdL*

**14.06.2017 - Darmstadt - Blockade der  
Lichtwiesenbahn ist Sparen am falschen Ende**

Die GRÜNEN im Landtag bedauern, dass die Opposition in Darmstadt die Straßenbahnstrecke von der Nieder-Ramstädter Straße zum Campus Lichtwiese blockiert. „Für eine moderne, klimagerechte, komfortable Mobilität wäre die Straßenbahn ein zentraler Bestandteil“, erklärt Karin Müller, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Dass die Opposition ausgerechnet an dieser Stelle den Rotstift ansetzt, ist zu kurz gedacht. Auch wenn Darmstadt sich anstrengen muss, um einen ausgeglichen Haushalt zu erreichen: Die wichtige Zukunftsinvestition in die Lichtwiesenbahn zu streichen, bedeutet gerade in der Wissenschaftsstadt Sparen am falschen Ende.“

„Die Technische Universität und ihre Studierenden brauchen diese Bahn: Der Campus Lichtwiese ist einer der zentralen Hochschulstandorte in Darmstadt. Rund 2000 Menschen haben dort ihren Arbeitsplatz. Die Zahl der Studierenden ist stetig gestiegen und bleibt weiter auf hohem Niveau“, so Müller weiter. „Die Anwohner im Woogsviertel würden durch diese Bahn vom Busverkehr und seinen Abgasen entlastet. Auch das Stadion am Böllenfalltor wäre besser erreichbar.“ Die SPD hatte in der Stadtverordnetenversammlung die Streichung des Projekts beantragt. „Bedauerlicherweise hat sie sich unter anderem mit den Stimmen der rechtspopulistischen AfD gegen die Darmstädter Regierungskoalition aus CDU und GRÜNEN durchgesetzt.“

*Rathausfraktion*

**09.06.2017 - Internationaler Beirat soll Konzeptarbeit  
für documenta-Institut unterstützen**

„Die Diskussion um Konzept und Standort des zukünftigen documenta-Instituts braucht Weitblick, damit einerseits die internationale Bedeutung für die Kunstwelt und andererseits die einmalige Chance für Kassel stärker in den Fokus rücken“, kommentiert Dieter Beig, Vorsitzender der grünen Rathausfraktion, die fortlaufende Debatte. „Wir Grünen schlagen deshalb vor, gemeinsam mit Bund und Land einen internationalen Beirat einzurichten, der die Konzeptarbeit beratend unterstützt.“

„Oberbürgermeister Bertram Hilgen tat gut daran, die Fördermittel des Bundes und des Landes zu sichern und deshalb die grundsätzliche Entscheidung zügig voranzutreiben. Jetzt muss eine breite Debatte folgen, insbesondere um die Frage, wie das documenta-Haus mit Leben gefüllt werden kann.“ Die inhaltliche Nähe zur Universität sei aufgrund der anstehenden Forschungsarbeit richtig und wichtig, daher sei auch der Standort am Holländischen Platz sinnvoll. „Richtig ist aber auch, dass Forschung nur ein Teil des Gesamtkonzepts ist.“

Der internationale Beirat müsse Ideen entwickeln, wie das documenta-Institut als außeruniversitäre Einrichtung etabliert werden und Drittmittel und die Unterstützung von Sponsoren eingeworben werden könne. „Dies wird eine Aufgabe sein, dem sich das kommende Kulturdezernat mit voller Kraft widmen muss“, so Beig abschließend.

*Nicole Maisch, MdB*

**06.06.2017 - VERBRAUCHERSCHULE - Auszeichnung  
zur Stärkung der Konsum- und Alltagskompetenzen**

Die Auszeichnung Verbraucherschule des Verbraucherzentrale Bundesverbands startet ab Mai 2017 in die zweite Runde und würdigt damit Schulen für ihre vorbildliche Umsetzung von Verbraucherbildung.

Seit dem 15. Mai 2017 sind bundesweit wieder alle allgemeinbildenden Schulen dazu aufgerufen, sich als Verbraucherschule zu bewerben. Nicole Maisch, nordhessische Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Kuratoriums der Deutschen Stiftung Verbraucherschutz erklärt dazu: Verbraucherschulen schärfen durch Maßnahmen im Klassenzimmer oder außerhalb des Unterrichts den kritischen Blick auf Konsumentscheidungen bei Schülerinnen und Schülern. Sie vermitteln Alltagskompetenzen wie gesunde Ernährung, kluger Umgang mit Geld, klimafreundliches Leben und sicheres Surfen in der virtuellen Welt. Bisher gibt es keine prämierte hessische Verbraucherschule- es wäre toll, wenn sich das in der zweiten Runde des Wettbewerbs ändern würde.

Der Bewerbungsschluss für die Teilnahme an der Verbraucherschule ist der 31. Oktober 2017! Ausführliche Informationen rund um die Auszeichnung sowie die Anmeldung und Bewerbung sind auf [www.verbraucherschule.de](http://www.verbraucherschule.de) zu finden. Die Auszeichnung Verbraucherschule wird durch die Deutsche Stiftung Verbraucherschutz gefördert.

*Karin Müller, MdL*

#### **01.06.2017 - Bundesfernstraßengesellschaft: Bei Übergang der Autobahn-Zuständigkeit auf den Bund muss auf Beschäftigte Rücksicht genommen werden**

Aus Sicht der GRÜNEN im Landtag muss der Übergang der Zuständigkeit für die Autobahnen in die neue Bundesfernstraßengesellschaft vor allem für die derzeitigen Beschäftigten des Landes sozialverträglich gestaltet werden. „In Bezug auf Arbeitsplatz, Status und Arbeitsort muss auf die Belange der Beschäftigten von Hessen Mobil Rücksicht genommen werden. Darauf werden wir achten“, kündigt Karin Müller an, verkehrspolitische Sprecherin der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. „Wenn das Autobahnnetz in seiner Qualität erhalten werden soll, braucht es weiterhin qualifizierte und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das funktioniert nur mit guten Rahmenbedingungen. Es ist daher sehr gut, dass die Landesregierung ganz klare Mitbestimmungsrichtlinien festgelegt hat.“

„Entscheidend ist für uns auch, dass die Autobahnen in staatlicher Hand bleiben. Es gab Nachverhandlungen, die nun hoffentlich sicherstellen, dass es nicht zu einer Privatisierung kommen kann“, so Karin Müller weiter, „einer Privatisierung durch die Hintertür werden wir entgegentreten.“ Die GRÜNEN sind skeptisch, ob die vom Bund als Teil der Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen gewollte neue Bundesfernstraßengesellschaft bessere Ergebnisse zeitigt als die derzeitige Auftragsverwaltung durch die Länder. „Meistens sind bei Planungen neben den Autobahnen selbst auch Bundes- und Landesstraßen betroffen. Bisher erfolgten Planung und Bau aus einer

Hand, künftig wird es erhöhten Abstimmungsbedarf geben.“

„Immerhin spart das Land künftig Geld: Bisher hat der Bund lediglich 3 Prozent der Baukosten für die Planung der Projekte bereitgestellt; die tatsächlichen Planungskosten belaufen sich in der Regel aber auf 15 bis 20 Prozent der Baukosten. Die Differenz musste das Land bisher aus eigener Tasche bezahlen. Dieses Geld kann künftig in die Sanierung und den Erhalt von Straßen oder den Bau von Radwegen investiert werden.“